

Die neue Front 04.01.2010



SANAA/WASHINGTON/BERLIN (Eigener Bericht) - Deutschland beteiligt sich an der von den USA forcierten Verschärfung des sogenannten Anti-Terror-Krieges im Jemen. Während Washington Spezialkräfte in das Land entsendet und Bombenangriffe der jemenitischen Streitkräfte dirigiert, bemüht sich Berlin um den Ausbau der Küstenwache und trainiert die

Polizei. Die Zusammenarbeit mit den Repressionsapparaten des Jemen hat strategischen Charakter und wurde letztes Jahr intensiviert, als die Vereinigten Staaten damit begannen, ihre "Anti-Terror"-Maßnahmen im südlichsten Staat der Arabischen Halbinsel zu verstärken. Die Bundeswehr unterhält eine "Beratergruppe" bei den jemenitischen Streitkräften, die im Dezember mutmaßlich Massaker unter Zivilisten angerichtet haben. Die deutsche Kriegsmarine, die vor der Küste des Jemen operiert, ist ebenfalls von der Zuspitzung des "Anti-Terror-Krieges" betroffen: Milizen aus Somalia, die nur durch die kurzen Seewege über den Golf von Aden von der neuen Front getrennt sind, haben mittlerweile angekündigt, dort eingreifen zu wollen. Kooperationspartner Berlins in diesem Krieg ist die Regierung des Jemen - ein seit Jahrzehnten für Folter bekanntes Regime.

Verdoppelt

Die Verschärfung des sogenannten Anti-Terror-Krieges im Jemen, die in diesen Tagen zu Spekulationen über baldige US-Angriffe in dem arabischen Land führt, hat tatsächlich bereits vor rund einem Jahr begonnen. Nach dem Autobombenanschlag auf die US-Botschaft in Sanaa vom September 2008 hatte Washington Druck auf die Regierung des Jemen ausgeübt, die mutmaßlichen Attentäter und ihre Organisationsstrukturen mit aller Macht zu verfolgen. Dazu stellte die US-Regierung für das Jahr 2009 Mittel in Höhe von rund 70 Millionen US-Dollar bereit - unter anderem, um Militär, Polizei und Küstenwache des Landes zu trainieren. Zugleich entsandte Washington Spitzenkräfte der CIA sowie Angehörige von Spezialeinheiten in den Jemen.[1] Wie es heißt, wurden die Ziele mehrerer Luftangriffe, die die jemenitischen Streitkräfte Ende 2009 ausführten, auf der Basis amerikanischer Spionagekenntnisse ausgewählt. Auch amerikanische "Feuerkraft" - gemeint sind vermutlich US-Raketen oder US-Drohnen - sei genutzt worden, berichten US-Repräsentanten. In diesem Jahr sollen die Mittel für den "Anti-Terror-Krieg" im Jemen mehr als verdoppelt werden, kündigt General David Petraeus, Chef des U.S. Central Command, an.

"Anti-Terror-Kampf"

Deutschland beteiligt sich bereits seit Jahren am "Anti-Terror-Krieg" im Jemen. Dies gilt nicht nur für die Kontrolle der angrenzenden Gewässer am Horn von Afrika, an der sich die deutsche Marine seit Anfang 2002 beteiligt, sondern auch für den Aufbau der jemenitischen Küstenwache. Seit ein US-Kriegsschiff im Jahr 2000 durch einen Bombenanschlag in der jemenitischen Hafenstadt Aden schwer beschädigt worden war, drängte Washington darauf, das Land müsse eine spezielle Küstenwache etablieren, um künftige Anschläge zu verhindern. Im Jahr 2002 beugte sich Sanaa den Forderungen - und erhielt dafür erhebliche US-Hilfen, darunter 14 Patrouillenboote. 2005 begann dann die Bundesmarine, die im Aufbau befindliche jemenitische Küstenwache in gemeinsame Manöver einzubinden; Anfang 2006 lief erstmals ein deutsches Kriegsschiff zu gemeinsamen Übungen mit der Küstenwache im Hafen von Aden ein, dort also, wo zuvor das US-Kriegsschiff angegriffen worden war. "Die Zusammenarbeit mit dem Jemen soll auch in Zukunft weiter vertieft werden, um somit einen verlässlichen und starken Partner im Kampf gegen den Terrorismus zu gewinnen", erklärte die Bundeswehr damals.[2]

Neue Zusagen

Seitdem dauert die Kooperation mit der jemenitischen Küstenwache an. Sie ist kürzlich, gleichzeitig mit der Verschärfung des "Anti-Terror-Krieges" im Jemen durch die USA, intensiviert worden. Deutschland hat im November 2009 zugesagt, den Aufbau und die Ausrüstung dreier Krankenstationen für die Küstenwache zu übernehmen.[3] Der damalige deutsche Kanzler Gerhard Schröder hatte Sanaa Anfang 2005 sogar veranlasst, einen Kaufvertrag mit der Bremer Lürssen-Werft zu unterzeichnen - für zehn Patrouillenboote. Allerdings ist der Vertrag bis heute

nicht realisiert worden. Dass der jemenitischen Küstenwache nicht nur für den Schutz der Häfen Bedeutung zukommt, sondern auch für die Kontrolle der Küstengewässer des Jemen, zeigen jüngste Äußerungen somalischer Milizionäre. Diese kündigen an, auch an der neuen Front gegen den Westen kämpfen zu wollen. Von ihr trennt sie nur das Meer.

Strategische Präsenz

Ergänzend zählt ein Strategiepapier der EU für den Zeitraum von 2007 bis 2013 die "Ausbildung von Polizeikräften und Küstenwache" zu den "Prioritäten" der europäischen Jemen-Politik.[4] Damit stützt Brüssel nicht nur den aktuellen "Anti-Terror-Krieg", sondern auch strategische Vorhaben Berlins. Die Bundesrepublik unterstützt Polizei und Militär des Jemen seit den 1970er Jahren mit Ausrüstung sowie Trainingsmaßnahmen [5] und sichert sich damit eine gewisse Präsenz im Süden der Arabischen Halbinsel entlang der Zufahrt zum Roten Meer. Seit 1992 unterhält die Bundeswehr eine "Beratergruppe" vor Ort. Diese widmet sich offiziell vor allem dem Aufbau der medizinischen Infrastruktur für die Streitkräfte des Jemen. Die inoffizielle Agenda reicht um einiges weiter. Der ehemals in der "Beratergruppe" aktive Flottillenarzt Dr. Wolfgang Titius hat am 30. Oktober 2009 für seine Tätigkeit eine hohe Auszeichnung erhalten - das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Zur Begründung heißt es bei der Bundeswehr, es sei ihm "nicht zuletzt durch sein vorbildliches Auftreten" gelungen, "einen Zugang zu höchsten Entscheidungsträgern im Jemen zu gewinnen".[6]

Folterregime

Die bundesdeutschen Trainingsmaßnahmen für die jemenitischen Repressionskräfte stoßen ebenso wie die von Berlin genehmigten Rüstungsexporte [7] seit Jahren auf Protest. Anfang 1996 etwa verwies eine Anfrage an die Bundesregierung darauf, dass Menschenrechtsorganisationen "von willkürlichen Verhaftungen" im Jemen, "auch von Jugendlichen und Kindern", berichteten, außerdem "von Folterungen, die in geheimen Haftzentren bzw. im Haftzentrum des Politischen Sicherheitsdienstes in Sanaa vorgenommen werden", sowie "von Fällen staatlicher Morde".[8] Dies hielt bislang keine Bundesregierung davon ab, ihre strategische Kooperation mit dem Jemen auch auf polizeilichem und militärischem Gebiet fortzuführen. Dass gewalttätige staatliche Übergriffe im Jemen auch in Zeiten des sogenannten Anti-Terror-Krieges stattfinden, ist vielfach belegt. "Folter und andere Misshandlungen sind im Jemen weit verbreitet", bestätigte Amnesty International erst Ende November, zum wiederholten Male.[9] Dass die Bombenangriffe der amerikanisch-jemenitischen Partner Berlins vom 17. und 24. Dezember Dutzende Zivilisten das Leben kosteten, geht aus zahlreichen Berichten hervor. Die Verschärfung des "Anti-Terror-Krieges" im Jemen, die mit diesen Luftschlägen begonnen hat, lässt eine weitere Barbarisierung erwarten - mit deutscher Unterstützung.

[1] U.S. Widens Terror War to Yemen, a Qaeda Bastion; The New York Times 27.12.2009

[2] Deutsche Fregatte besucht Aden; www.einsatz.bundeswehr.de 24.01.2006

[3] Germany supports Yemen Coast Guard with 750.000 Euro; Pressemitteilung der Deutschen Botschaft in Sanaa, 10.11.2009

[4] Jemen - Europäische Gemeinschaft. Strategiepapier für den Zeitraum 2007-2013

[5] Die Bundesrepublik unterstützte zunächst die Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen), ab 1990 dann den um das Territorium der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) erweiterten Staat. S. auch [Vor der Küste des Jemen](#)

[6] Soldat, Chirurg und Humanist - Bundesverdienstkreuz verliehen; www.sanitaetsdienst-bundeswehr.de 30.10.2009

[7] Von 2000 bis 2001 genehmigte die Bundesregierung die Lieferung von Schusswaffen, Munition und Fallschirmen im Wert von rund sieben Millionen DM. Von 2004 bis 2007 folgten Genehmigungen für die Lieferung von Fallschirmen, Geländewagen und Panzertransportern im Wert von insgesamt 6,5 Millionen Euro.

[8] "Es wird von Schlägen mit Elektrokabeln, Elektroschocks, Vergewaltigungen und einer als "Grillhähnchen" bezeichneten Form von Folter berichtet. Dabei werden die Opfer an einer zwischen den gefesselten Händen und Knien durchgeschobenen Metallstange aufgehängt." Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Steffen Tippach und der Gruppe der PDS: Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der Republik Jemen unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Menschenrechte im Jemen; Deutscher Bundestag Drucksache 13/3360, 30.01.1996

[9] Yemen: Government should announce commitment to tackle "widespread" torture; www.amnesty.org 27.11.2009

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com